

No. 32527

**GERMANY
and
SWAZILAND**

Treaty concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Signed at Mbabane on 5 April 1990

Authentic texts: German and English.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
SWAZILAND**

Traité relatif à l'enconragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Signé à Mbabane le 5 avril 1990

Textes authentiques : allemand et anglais.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DEM KÖNIGREICH SWASILAND ÜBER DIE FÖRDE-
RUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITAL-
ANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Swasiland –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im
Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaft-
liche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu
mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder
Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen
sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und
Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von
Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen
wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf
Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, tech-
nische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-
how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Auf-
suchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf das Königreich Swasiland:
Staatsbürger im Sinne der Gesetze von Swasiland;
 4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
 - b) in bezug auf das Königreich Swasiland:
Handelsgesellschaften, Unternehmen oder Vereinigungen, die nach den Gesetzen des Königreichs Swasiland gegründet oder eingetragen sind.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen. Diese Bestimmung gilt unbeschadet einer Politik der bevorzugten Beschäftigung eigener Staatsangehöriger der jeweiligen Vertragspartei.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von

Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem geltenden bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei haben das Recht, die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachprüfen zu lassen.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von aufgrund der übertragenen Ansprüche vorgesehenen Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechten zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung aufgrund einer Vereinbarung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der

Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der

beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Swasiland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach

Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Mbabane am 5. April 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

REINHART FRANS

Für das Königreich
Swasiland:

MAMBA

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Swasiland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer nach diesem Vertrag vorgesehenen Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten

nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer nach diesem Vertrag vorgesehenen Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Wenn und soweit extreme Zahlungsbilanzschwierigkeiten dies erfordern, kann jede Vertragspartei durch Entscheidung des zuständigen Organs den Transfer des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage für einen begrenzten Zeitraum beschränken. In jedem Fall wird jedoch ein jährlicher Mindesttransfer von zwanzig Prozent (20 %) des Liquidationserlöses garantiert. Der Transfer erfolgt zu dem Kurs, der nicht weniger günstig ist als der Kurs des Tages, an dem der Transfer beantragt wurde.

-
- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von
- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
-

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE KINGDOM OF SWAZILAND CONCERNING THE
ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF IN-
VESTMENTS

The Federal Republic of Germany
and
the Kingdom of Swaziland,

desiring to intensify economic co-operation between both
States,

intending to create favourable conditions for investments by
nationals and companies of either State in the territory of the other
State,

recognizing that the encouragement and contractual protection
of such investments are apt to stimulate private business initiative
and to increase the prosperity of both nations,

have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty

1. the term "investments" comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem. such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) copyrights, industrial property rights, technical processes, trade-marks, trade-names, know-how, and goodwill;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

¹ Came into force on 7 August 1995, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place in Bonn on 7 July 1995, in accordance with article 14 (2).

- any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;
2. the term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
 3. the term "nationals" means
 - (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
 - (b) in respect of the Kingdom of Swaziland:
a citizen within the meaning of the laws of Swaziland;
 4. the term "companies" means
 - (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German area of application of this Treaty, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
 - (b) in respect of the Kingdom of Swaziland:
corporations, firms or associations incorporated or constituted under the laws in force in the Kingdom of Swaziland.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party. This provision is without prejudice to any policy of preferential employment of own nationals of either Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) Any treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the prevailing bank interest until the time of payment; it shall be realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. Nationals or companies of the other Contracting Party shall have the right to make the legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other

valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in repayment of loans;
- (d) of royalties and fees for the rights referred to in Article 1 (1) (d);
- (e) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments envisaged by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtainable from those rates which would be applied by the Inter-

national Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed under any agreement with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties arising from the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties in a spirit of conciliation.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court

of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States¹ the arbitral tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

Article 11

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the right to take such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Such measures shall be repealed not later than the date of the actual termination of the conflict, irrespective of whether or not diplomatic relations exist.

Article 13

With the exception of the provisions in paragraph 6 of the Protocol, insofar as they refer to air transport, this Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Kingdom of Swaziland within three months of the date of entry into force of this Treaty.

Article 14

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party upon twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Mbabane on 5-4-90 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

REINHART FRANS

For the Kingdom
of Swaziland:

MAMBA

PROTOCOL

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Swaziland concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

(2) Ad Article 2

- (a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the area of application of the law of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Treaty.
- (b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment envisaged by this Treaty. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
 - (c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment envisaged by this Treaty; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
- (4) Ad Article 4
- A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.
- (5) Ad Article 7
- (a) A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.
 - (b) If and insofar as necessitated by extreme balance of payments difficulties, either Contracting Party may, on the decision of the competent organ, restrict for a limited period the transfer of the proceeds of liquidation in the event of the sale of the whole or any part of the investment. In any case an annual minimum transfer of twenty per cent (20%) of the proceeds of liquidation shall be guaranteed. The transfer shall be carried out at a rate of exchange no less favourable than the rate of exchange on the date on which application for transfer is made.
- (6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Con-

tracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
 - (b) persons travelling in connection with an investment.
-

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LE ROYAUME DU SWAZILAND RELATIF À L'ENCOURA-
GEMENT ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVES-
TISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Swaziland,
Animés du désir d'intensifier la collaboration économique entre les deux Etats,
Entendant créer des conditions favorables aux investissements des ressortis-
sants et des sociétés de chacun des Etats sur le territoire de l'autre, et

Reconnaissant que l'encouragement et la protection contractuelle de ces inves-
tissements sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la
prospérité des deux peuples,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissements » comprend toute classe de biens investis con-
formément à la législation de la Partie qui les reçoit, et notamment :

a) La propriété des biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits
réels, tels qu'hypothèques, nantissements et gages;

b) Les actions dans des sociétés et autres formes de participation au capital des
sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer un valeur
économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle ou industrielle, procédés techniques,
marques de fabrique ou de commerce, savoir-faire et clientèle;

e) Les concessions industrielles ou commerciales de droit public, y compris les
concessions relatives à la prospection, l'extraction et l'exploitation de ressources
naturelles.

Une modification du mode de placement des avoirs ne porte pas atteinte à leur
qualité d'investissements.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement
pendant une période donnée, au titre de bénéfices, de dividendes, d'intérêts, de
redevances ou autres rémunérations du capital.

3. Le terme « ressortissant » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les Allemands au
sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

¹ Entré en vigueur le 7 août 1995, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 7 juillet 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article 14.

b) En ce qui concerne le Royaume du Swaziland, les citoyens swazis au sens de la législation du Swaziland.

4. Le terme « sociétés » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne morale ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non de la personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire allemand auquel s'applique le présent Traité, qu'elle ait un but lucratif ou non;

b) En ce qui concerne le Royaume du Swaziland : toute société, entreprise ou association constituée ou enregistrée conformément aux lois en vigueur dans le Royaume du Swaziland.

Article 2

1. Chaque Partie contractante encourage dans toute la mesure du possible les investissements sur son territoire de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante et admet lesdits investissements conformément à ses lois. Elle accorde en tout état de cause un traitement juste et équitable auxdits investissements.

2. Les Parties contractantes évitent de nuire de quelque manière que ce soit par des mesures arbitraires ou discriminatoires à la gestion, à l'affectation, à l'utilisation ou à la jouissance des investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante. La présente disposition ne préjuge pas de toute politique préférentielle en matière d'emploi relative aux ressortissants de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

Article 3

1. Chaque Partie contractante accorde sur son territoire aux investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou contrôlés par eux, un traitement au moins aussi favorable que celui qu'elle réserve aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés, ou à ceux de ressortissants ou de sociétés d'Etats tiers.

2. Le traitement réservé par chaque Partie contractante aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les activités menées en rapport avec les investissements réalisés sur son territoire, n'est pas moins favorable que celui qu'elle réserve à ses propres ressortissants ou sociétés ou à ceux d'un Etats tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers en vertu de sa participation à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés d'Etats tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords fiscaux.

Article 4

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnité doit être la valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiate avant la date de l'expropriation ou de la nationalisation ou avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou des mesures comparables imminentes ont été annoncées publiquement. L'indemnité est versée sans délai au taux d'intérêt bancaire applicable jusqu'au moment du paiement; elle est effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions auront été prises de façon appropriée au moment de l'expropriation de la nationalisation ou de l'adoption de mesures comparables ou avant celles-ci s'agissant du montant de l'indemnité et de son paiement. Les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie contractante ont le droit d'appeler, dans les formes prévues par la loi, de la légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures comparables ainsi que du montant de l'indemnité.

3. Les ressortissants ou sociétés d'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice sur le territoire de l'autre Partie contractante du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale, ou d'une émeute, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement qui est au moins aussi favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants ou sociétés en matière de restitution, d'indemnisation, de dommages ou autre mode de règlement. Les versements à ce titre sont librement transférables.

4. Les ressortissants ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée pour toute ce qui touche aux questions visées dans le présent article.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre le libre transfert des paiements effectués au titre d'un investissement, et notamment :

- a) Du capital et des fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Du remboursement des prêts;
- d) Des redevances et autres paiements correspondant aux droits visés à l'alinéa *d* du paragraphe 1 de l'article premier;
- e) Du produit de la vente totale ou partielle de l'investissement.

Article 6

Si une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses propres ressortissants ou sociétés en vertu d'une garantie donnée à un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie, l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre que la première est subrogée dans lesdits droits ou

créances et qu'elle est habilitée à les exercer ou à les poursuivre dans la même mesure que son prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et de l'article 5 sont applicables, *mutatis mutandis*, au transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante bénéficiaire de la cession.

Article 7

1. Les transferts visés au paragraphe 2 ou 3 de l'article 4, à l'article 5 ou à l'article 6 sont effectués sans délai au taux de change en vigueur pour la monnaie convenue.

2. Ce taux de change correspond au taux croisé obtenu à partir des taux que le Fonds monétaire international appliquerait à la date du paiement à la conversion des monnaies visées en droits de tirages spéciaux.

Article 8

1. Si la législation de l'une des Parties contractantes ou les obligations conventionnelles contractées par les Parties contractantes en sus du présent Traité, ou assumées par elles ultérieurement, contiennent une disposition générale ou particulière accordant aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette disposition, dans la mesure où elle est plus favorable, l'emporte sur le présent Accord.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire en vertu d'accords avec des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément à la législation de cette dernière.

Article 10

1. Les différends entre les Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Traité sont, autant que possible, réglés par les gouvernements des Parties contractantes dans un esprit d'accommodement.

2. A défaut d'un tel règlement, ils sont, à la diligence de l'une ou l'autre des Parties contractantes, soumis à un tribunal arbitral.

3. Ce tribunal est, pour chaque cas, constitué de la manière suivante : chaque Partie contractante désigne un membre du tribunal, et ces deux membres choisissent d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers qui, une fois nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes, préside le tribunal. Les membres du tribunal sont nommés dans les deux mois, et le Président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes a informé l'autre de son intention de saisir un tribunal arbitral du différend.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues.

Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes, ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont membres de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats¹, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1. Tout différend relatif à un investissement entre une Partie contractante et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante sera autant que possible résolu à l'amiable entre les Parties intéressées.

2. En l'absence d'un tel règlement dans un délai de six mois suivant la date à laquelle le différend a été soulevé par l'une des Parties, celui-ci sera, à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante, soumis à arbitrage. Sauf décision contraire des Parties, le différend est soumis à arbitrage en vertu de la Convention du 18 mars 1965 relative au règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats.

3. La sentence arbitrale est exécutoire et non sujette à appel ou à un recours autre que ceux prévus par ladite Convention. La décision arbitrale est appliquée conformément à la législation nationale.

4. Lors des procédures d'arbitrage ou de l'exécution de la sentence arbitrale, la Partie contractante partie au différend ne peut soulever d'objection fondée sur le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante aura reçu une indemnité au titre d'un contrat d'assurance couvrant une partie ou la totalité du préjudice.

Article 12

Le présent Traité demeurera en vigueur, même en cas de conflit entre les Parties contractantes, sans préjudice de leur droit à prendre les mesures conservatoires autorisées par les règles générales du droit international. Ces mesures seront rapportées au plus tard à la date de cessation effective du conflit, qu'il existe ou non des relations diplomatiques entre elles.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

Article 13

Hormis les dispositions du paragraphe 6 du Protocole, qui ont trait aux transports aériens, le présent Traité s'applique également au *Land Berlin* sauf déclaration à effet contraire de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Swaziland, dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 14

1. Le présent Traité sera ratifié; les instruments de ratification seront échangés entre les Parties contractantes dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification ou d'approbation. Il demeurera en vigueur pendant une période de 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de 12 mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment par l'une quelconque des Parties contractantes moyennant un préavis d'un an.

3. Les dispositions 1 à 13 du présent Traité continueront à s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de dénonciation du présent Traité, pendant 20 ans encore après la date à laquelle elles auront cessé de produire leurs effets.

FAIT à Mbabane, le 5 avril 1990 en double exemplaire en langues allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

REINHART FRANS

Pour le Royaume
du Swaziland :

MAMBA

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Swaziland relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont, en outre, convenus des dispositions ci-après qui sont à considérer comme faisant partie intégrante du Traité.

1. *En ce qui concerne l'article premier :*

a) Les revenus des investissements et, le cas échéant, du réinvestissement desdits revenus, bénéficient de la même protection que l'investissement initial;

b) Sans préjudice des autres modes de détermination de la nationalité, sera notamment considérée comme un national d'une Partie contractante toute personne munie d'un passeport délivré par l'autorité compétente de ladite Partie.

2. *En ce qui concerne l'article 2 :*

a) Les investissements effectués conformément à la législation de l'une ou l'autre Partie contractante sur un territoire où le droit de cette Partie contractante est applicable par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante bénéficient de l'entière protection du présent Traité;

b) Le Traité s'applique également aux zones économiques exclusives et au plateau continental dans la mesure où le droit des gens autorise la Partie contractante intéressée à y exercer des droits souverains ou sa juridiction.

3. *En ce qui concerne l'article 3 :*

a) Sont notamment, mais non exclusivement, considérées comme « activités » au sens du paragraphe 1 de l'article 3, la gestion, l'affectation, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont notamment considérées comme « traitement moins favorable » au sens du paragraphe 2 toute restriction à l'achat de matières premières, de matières auxiliaires, d'énergie ou de combustible ou de moyens de production ou d'exploitation, quels qu'ils soient, toute entrave à la commercialisation de produits à l'intérieur comme à l'extérieur du pays, ainsi que toute autre mesure ayant des effets analogues. Ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 3 les mesures prises pour protéger la sécurité et l'ordre public, la santé publique ou les bonnes mœurs;

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à accorder aux personnes physiques et sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux qui ne sont accordés qu'aux personnes physiques et sociétés résidant sur son territoire par sa législation fiscale;

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes de permis d'entrée et de séjour sur leur territoire émanant de personnes de l'autre Partie contractante formulées en rapport avec un investissement envisagée par le présent Traité; le même principe vaut pour les personnes employées par une Partie contractante qui, en rapport avec un investissement, souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4. *En ce qui concerne l'article 4 :*

Le droit à réparation existe également lorsque, du fait de l'intervention de l'Etat dans la société où l'investissement est réalisé, sa substance économique est sensiblement atteinte.

5. *En ce qui concerne l'article 7 :*

a) Est réputé effectué « sans délai » au sens de l'article 7 le transfert effectué dans les temps normaux nécessaires à l'accomplissement des formalités de transfert. La période considérée court à compter du jour où la demande pertinente a été soumise et ne peut en aucun cas dépasser deux mois;

b) Dans la mesure requise en raison de difficultés sérieuses de balance de paiement, l'une ou l'autre Partie contractante pourra, sur décision de l'organe compétent, restreindre pour une période limitée le transfert du produit d'une liquidation en cas d'aliénation totale ou partielle d'une portion quelconque de l'investissement. En tout état de cause, un transfert annuel minimum correspondant à 20% dudit produit sera garanti. Le transfert s'effectuera à un taux de change non moins favorable que celui en vigueur à la date à laquelle la demande de transfert a été présentée.

6. Lorsque des personnes ou des marchandises doivent être transportées en liaison avec un investissement, aucune des Parties contractantes n'adopte de mesures interdisant ou entravant la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante. Lorsque des autorisations sont nécessaires pour les transports en question, elle les délivre.

Sont couverts par la clause précédente les transports :

a) De marchandises destinées directement à un investissement au sens du présent Traité, ou acquises sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par une entreprise, ou pour le compte d'une entreprise, où sont investis des actifs au sens du présent Traité;

b) De personnes qui effectuent des voyages en rapport avec un investissement.
